

Antrag

der Abgeordneten Jens Beeck, Dr. Andrew Ullmann, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Christoph Hoffmann, Olaf in der Beek, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Abhängigkeitsverhältnisse durch Impfstoffdiplomatie verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Inmitten der globalen Verteilungskonflikte um COVID-19-Impfstoffe wirft Taiwan der Volksrepublik China „Vakzin-Erpressung“ vor. Den jüngsten Medienberichten nach soll China die Lieferung dringend benötigter Impfdosen an Paraguay an die Bedingung geknüpft haben, dass das südamerikanische Land im Gegenzug die diplomatische Anerkennung Taiwans als souveränen Staat zurücknimmt. Der taiwanische Außenminister Joseph Wu warnte in diesem Zusammenhang, dass China seine aggressive „Impfstoffdiplomatie“ in vielen Teilen der Welt einsetze, insbesondere aber in Mittel- und Südamerika (www.n-tv.de/politik/Taiwan-wirft-China-Vakzin-Erpressung-vor-article22475140.html). Indien reagierte schnell und schickte 100.000 COVID-19-Impfdosen nach Paraguay (www.bbc.com/news/world-asia-56661303).

Meldungen dieser Art häufen sich: So wird China vor allem vorgeworfen, kleinere Staaten unter Druck zu setzen und bilaterale Liefervereinbarungen von COVID-19-Impfdosen an wirtschaftliche und politische Bedingungen zu knüpfen, die deutlich über gesundheitspolitische Fragen hinausgehen und langfristige Abhängigkeitsverhältnisse schaffen (www.news.com.au/world/asia/china-accused-of-blackmailing-indopacific-nations-who-need-covid-vaccines/news-story/18934ba75ab446dd88afa5d8e3916967). So berichtete Surangel Whipps, der Präsident des südpazifischen Inselstaats Palau, dass er mehrere Anrufe von chinesischen Beamten erhalten habe, trotz des diplomatischen Drucks aber zu Taipeh halten werde (www.bbc.com/news/world-asia-56661303). Den Philippinen wurde ein schneller Zugang zum chinesischen Impfstoff

zugesichert, nachdem Präsident Rodrigo Duterte versicherte, sich mit Kritik an China zurückzuhalten (www.tagesschau.de/ausland/china-corona-impfstoff-101.html).

Für China ist die Form der Wirtschaftsdiplomatie nicht neu. Impfstoffe sind nur ein weiteres politisches Instrument, um im globalen Süden seinen Einfluss auszubauen (www.nbcnews.com/news/world/russia-china-are-beating-u-s-vaccine-diplomacy-experts-say-n1262742). Ende 2018 brach El Salvador die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab, im Gegenzug übernahm China den Bau und die Finanzierung von mehreren Infrastrukturprojekten im Land. Davor hatten sich bereits die Dominikanische Republik und Panama von Taiwan und den USA abgewandt und die Ein-China-Politik anerkannt (www.dw.com/de/direktinvestitionen-und-kredits-von-china-f%C3%BCr-lateinamerika-lassen-einfluss-wachsen/a-56429239).

Auch Russland beteiligt sich daran, seine COVID-19-Vakzine – insbesondere in Lateinamerika – als diplomatische Währung einzusetzen, um so seinen internationalen Einfluss auszudehnen. Kurz nachdem Russland 5,2 Millionen Impfdosen seines Impfstoffs „Sputnik V“ an Bolivien verkaufte, telefonierte Russlands Präsident Wladimir Putin mit seinem bolivianischen Amtskollegen Luis Arce über Themen wie den Bau eines Kraftwerks für den Abbau von Lithium und Gasreserven (www.nbcnews.com/news/world/russia-china-are-beating-u-s-vaccine-diplomacy-experts-say-n1262742).

Die Impfkampagne der globalen Impfinitiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) läuft nur sehr zögerlich an (www.capital.de/wirtschaft-politik/china-russland-indien-die-impfstoffdiplomaten). Für viele arme Länder sind Impfstoffe aus China oder Russland daher die einzig verfügbare Möglichkeit, in absehbarer Zeit an Vakzine zu kommen. Lange bevor Covax die ersten 600.000 Impfdosen an das erste Empfängerland Ghana schickte, haben Russland, China und Indien zusammen schon Millionen Impfdosen an Dutzende arme Länder geliefert (www.augsburger-allgemeine.de/politik/Neue-Machtpolitik-und-die-Not-der-armen-Laender-id59207281.html). Von den bisher knapp 250 Millionen Impfdosen hat China bislang 118 Millionen an 49 Länder gesandt; Russland hat Impfstoffe an 22 Länder geschickt und Indien hat 64 der fast 150 Millionen ihrer Dosen exportiert oder gespendet. Der Großteil der chinesischen und russischen Impfdosen ging in die Länder, in denen China und Russland wie auch westliche Staaten um mehr Einfluss konkurrieren. Die USA, Indien, Japan und Australien haben kürzlich eine Gegenoffensive gestartet und planen bis 2023 1 Milliarde Impfdosen zu spenden (www.nbcnews.com/news/world/russia-china-are-beating-u-s-vaccine-diplomacy-experts-say-n1262742).

Die Covax-Initiative, der 190 Länder angehören, konnte dagegen bis Ende März 2021 nur knapp 31 Millionen Impfdosen an 50 Länder liefern (www.deutschlandfunkkultur.de/impfplattform-covax-die-reichen-laender-zuerst.979.de.html?dram:article_id=495055). Die vergleichsweise geringe Menge lässt sich dadurch erklären, dass die Lieferungen von Impfstoffen an Covax derzeit gebremst werden, da zahlreiche Industriestaaten an der globalen Impfinitiative vorbei bilaterale Verträge mit Pharmaunternehmen schlossen, um sich schneller Zugang zu Impfstoffen zu sichern (www.deutschlandfunkkultur.de/impfplattform-covax-die-reichen-laender-zuerst.979.de.html?dram:article_id=495055). Entwicklungsländer können seither vor allem auf Impfstoffe hoffen, die übrigbleiben und gespendet werden (www.tagesschau.de/ausland/europa/who-covax-impfstoff-101.html).

Daten der UN-Organisation Unicef zeigen, dass mindestens 44 Länder mehr Impfstoff bestellt haben, als sie für die komplette Durchimpfung ihrer Bevölkerung benötigen (www.srf.ch/news/international/weltweite-vertei-lung-das-passiert-mit-den-impfstoff-ueberschuessen). Kanada hat beispielsweise mehr als die sechsfache Menge an Impfdosen bestellt; viele europäische Staaten bestellten die dreifache Menge pro Kopf. Auch Deutschland gehört mit 370 Prozent zu den Staaten, die über mehrfach überzählige COVID-19 Impfdosen verfügen werden (www.srf.ch/news/international/weltweite-vertei-lung-das-passiert-mit-den-impfstoff-ueberschuessen). Die Weltbank und

die Impfallianz Gavi bitten alle Länder eindringlich, Vakzin-Überschüsse so schnell wie möglich freizugeben. Die Europäische Union erarbeitet derzeit einen eigenen Mechanismus zur Weiterleitung überschüssiger Impfstoffe an ärmere Länder (www.vfa.de/de/arsneimittel-forschung/coronavirus/covax-facility). Der Präsident der Weltbank, David Malpass, teilte zudem mit, dass die Weltbank Entwicklungsländer bei der Verteilung von Impfstoffen sowie beim Aufbau von Produktionskapazitäten unterstützen wolle und derzeit zusammen mit Gavi an einer Strategie für 2022 arbeite (www.nzz.ch/international/coronavirus-weltweit-die-neusten-entwicklungen-nz-z-ld.1534367).

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Engagement Chinas, Russland und Indiens bei der Bereitstellung von COVID-19-Impfstoffen zur Eindämmung der globalen Coronapandemie grundsätzlich. Gleichzeitig ist der Deutsche Bundestag davon überzeugt, dass die Lieferung von Impfstoffen unter keinen Umständen an politische Bedingungen geknüpft werden darf. Um dies zu verhindern, setzt sich der Deutsche Bundestag dafür ein, dass im Rahmen der bestehenden Covax-Facility entsprechende Mechanismen eingeführt werden, die die Bildung einer strategischen Notfallreserve von COVID-19-Vakzinen ermöglicht. Diese Reserve sollte in den kommenden Wochen und Monaten durch von anderen Ländern bestellte überschüssige Impfdosen gefüllt werden und im Notfall für jene Länder zugänglich gemacht werden, auf die durch andere impfstoffproduzierende Länder politischer und diplomatischer Druck ausgeübt wird. Gleichzeitig muss nach Ansicht des Deutschen Bundestages auch die Planung bzw. Umverteilung überzähliger Impfstoffe dringend konkretisiert und verlässlich vereinbart werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. darauf hinzuwirken, dass jene Staaten, die ein Vielfaches der gemessen an der Bevölkerungszahl benötigten Menge an COVID-19-Impfstoffen bestellt haben, überschüssige COVID-19-Impfdosen schnell und unbürokratisch, ab Feststellung einer nationalen Versorgung weit über Bedarf mit den entsprechenden Impfstoffen, an die Covax-Facility spenden;
2. sich innerhalb der Steuerungsgremien der Covax-Facility mit den anderen europäischen Staaten sowie den internationalen Partnern dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Covax-Facility aus den aus Überschüssen gespendeten Impfdosen eine strategische Reserve gebildet wird, um Abhängigkeitsverhältnisse durch „Impfstoffdiplomatie“ verhindern bzw. entgegenwirken zu können;
3. in diesem Zusammenhang die gemeinsame Strategie der Europäischen Union für die Verteilung überzähliger Impfdosen voranzutreiben;
4. entsprechend der erwarteten Impfstofflieferungen an die Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen, ab wann von einer weit über Bedarf liegenden Versorgung Deutschlands mit COVID-19-Vakzinen ausgegangen werden kann und darzulegen, wie mit den überzähligen Impfdosen verfahren werden soll und den Deutschen Bundestag hierüber bis zum 15. Juni 2021 zu unterrichten;
5. sich für mehr Transparenz beim Verteilungsmechanismus der Covax-Facility einzusetzen;
6. sich auf internationale Ebene dafür einzusetzen, dass COVID-19-Impfstoffe nicht als diplomatische Währung eingesetzt werden;

7. Partnerländer im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit beim Ausbau von Produktionskapazitäten für Impfstoffe im Sinne der Strategie der Impfallianz Gavi und der Weltbank aktiv zu unterstützen.

Berlin, den 18. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion